

Beitrag 13 vom 13.01.2026:
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk – Teil 1:

Ich beginne diesen Beitrag mit einem Auszug aus einem Artikel auf t-online vom 06.01.2026 von Florian Harms mit dem Titel **„ARD und ZDF sind kaputt“**:

„Es gibt in Deutschland zwei wundersame Apparate, die unaufhörlich Geld schlucken, um heiße Luft zu produzieren, Die öffentlich-rechtlichen Kolosse ARD und ZDF finanzieren sich mit einer Selbst-verständlichkeit, als sei der Rundfunkbeitrag ein Naturgesetz, das irgendwo zwischen Grundgesetz und Gravitation verankert wäre. 18,36 Euro muss jeder Haushalt mittlerweile monatlich entrichten: Die Bundesrepublik leistet sich das teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der Welt. Grund zum Stolz oder eher zur Verwunderung?

Man muss es anerkennen: Die Sender stützen die fundierte Information der Bürger im demokratischen System, ohne sie wäre die deutsche Medienlandschaft ärmer. Viele Sendungen punkten durch Tiefe und Aufwand, und das **"Deutschlandradio"** darf man getrost als beste Radioanstalt Europas bezeichnen. Doch was bei ARD und ZDF als Bollwerk gegen Einfalt und Propaganda begann, ist zu einem Selbstbedienungsbetrieb spätrömischen Charakters mutiert.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: 1995 betrugen die Gesamteinnahmen der Öffentlich-Rechtlichen noch 5,9 Milliarden Euro. 2017 waren es schon 8,8 Milliarden – heute sind es sagenhafte **10,4 Milliarden, wie der Evangelische Pressedienst errechnet hat.** Eine Steigerung um satte **76 Prozent** – während die Kaufkraft der Bürger im selben Zeitraum um 40 Prozent sank. Allein die **neun (!)** verschiedenen ARD-Anstalten scheffeln jährlich 7,6 Milliarden Euro, und in diesem Jahr dürften die Einnahmen weiter steigen. Die Apparate wuchern, während der Treibstoff – das Vertrauen der Beitragszahler – schrumpft.

Was bekommen die Bürger für ihr Geld? Ein Überangebot an **Krimiserien**, das selbst hart gesottene Kommissare in den Burnout treibt. Wer durch die Programme zappt, findet auf jedem Kanal unzählige Varianten des immergleichen Plots: "Tatort" hier und "Polizeiruf" da, Krimis aus Usedom, Passau oder Bremerhaven – Hauptsache, es wird nach Herzenslust gemordet und gestorben. Die

öffentlich-rechtlichen Sender haben sich in eine **Verbrecherfabrik** verwandelt, in der mehr Leichen produziert werden als Nachrichten. Es wirkt ein bisschen so, als wollten sie kritische Zuschauer vom politisch korrekten Einheitsbrei ihrer Politsendungen ablenken.

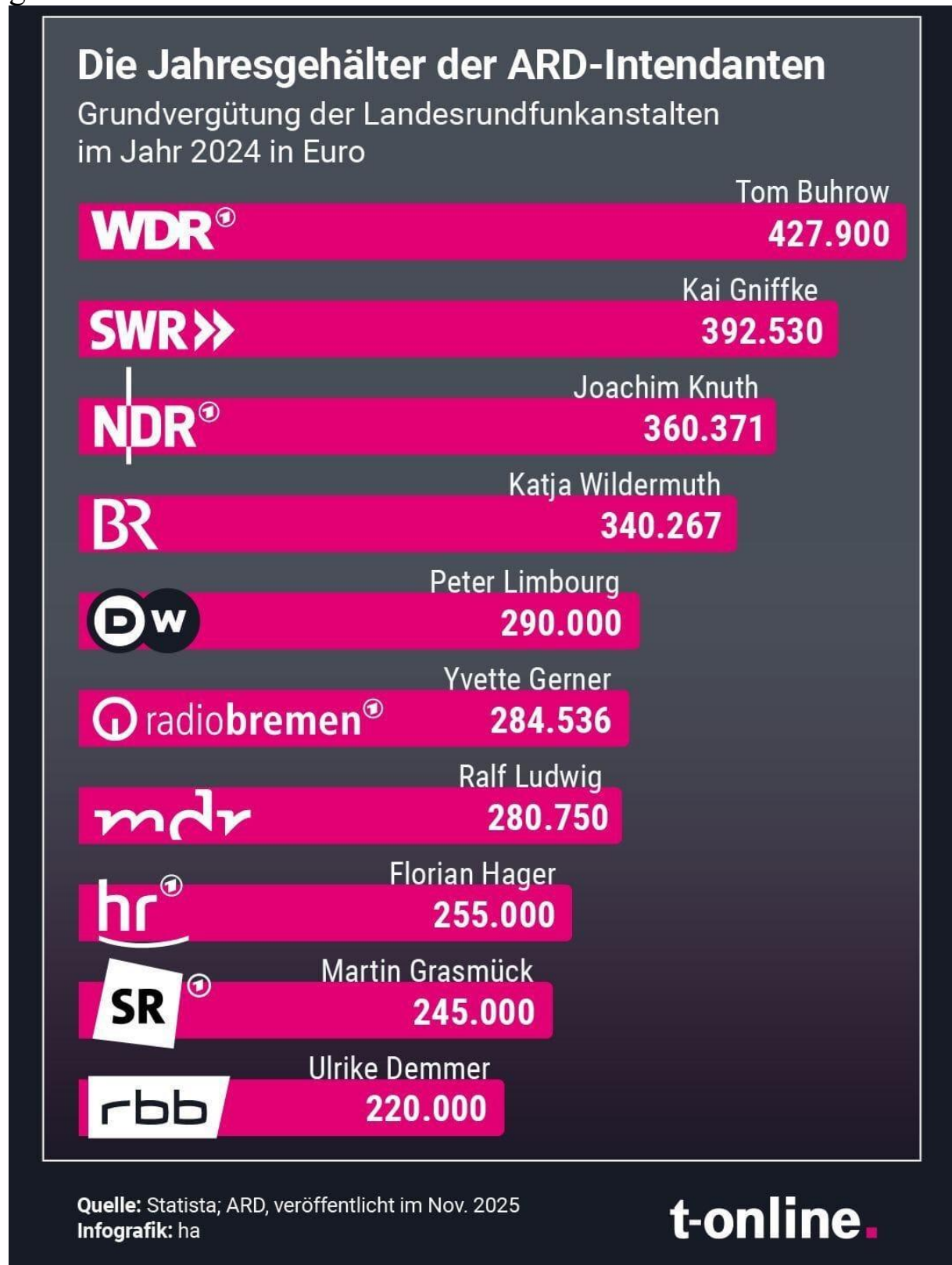
Das alles wäre erträglicher, stünde es nicht im krassen Kontrast zum Wasserkopf der Anstalten. Die Sender leisten sich ein Heer aus Intendanten, Chefredakteuren, Fernsehdirektoren, Programmdirektoren und sonstigen Frühstücksdirektoren, die sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben, wenn die öffentliche Kritik am Programm doch mal hochkocht. Die Führungsetagen sind so zahlreich wie die Krimiserien und ihre Gehälter so üppig wie die Budgets, die sie verwalten. Bislang ist noch jeder ernsthafte Versuch einer Verschlankung der Apparate gescheitert. Kein Wunder in der föderalen Kleinstaaterei, in der jeder Ministerpräsident sein eigenes Mediensüppchen kocht. Im Zweifel hilft ein Verweis aufs **Verfassungsgericht**, um die eigene Reformunwilligkeit zu entschuldigen. Klar: Welcher Direktor stellt sich schon selbst den Stuhl vor die Tür? Die Gebühren fließen automatisch, die Selbstkritik bleibt aus. Und die Apparate laufen und laufen.

Angesichts steigender Lebenshaltungskosten kann das so nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesländer ihrer Verantwortung nachkommen. Eine **Generalreform** von ARD und ZDF ist überfällig, womöglich auch ihre Zusammenlegung – mit der kosmetischen Schließung von ein, zwei Spartensendern ist es jedenfalls nicht getan. Dass es anders geht, beweist **Florian Hager**, der als Intendant des Hessischen Rundfunks erfolgreich spart und als ARD-Vorsitzender mit Kritikern diskutiert.

Da geht mehr. Da muss mehr. Der gesamte öffentlich-rechtliche Wasserkopf kann schrumpfen, das Pensionssystem durchgekämmt, der Programmschunzel aufs Wesentliche zusammengestrichen werden: Was ARD und ZDF liefern sollten, ist die präzise und neutrale Berichterstattung über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen, sportlichen und gesellschaftlichen Ereignisse. Alles andere gehört in die Hände **privater Medien**, die sich dem fairen Wettbewerb stellen müssen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk war einst ein Bollwerk gesellschaftlicher Aufklärung. Heute droht er an Überfettung zu ersticken.

Es ist Zeit für eine Diät. Das Jahr ist noch jung, das wäre doch mal ein guter Vorsatz.“



Ende des Zitats einschließlich der Graphik aus dem t-online Artikel.

Ich kann mich vielem des oben Geschilderten anschließen und zwar sowohl aus meiner Medienbeobachtung der letzten Jahrzehnte als auch meinen eigenen Erfahrungen in der Kommunikation mit diesen öffentlich-rechtlichen Sendern bzw. oftmals erfolglosen Versuchen dazu. Neben den im obigen Artikel vorgebrachten Kritikpunkten habe ich aber noch weitere, wichtige hinzuzufügen und verweise an dieser Stelle ganz ausdrücklich auf folgende Beiträge auf dieser, meiner Internetseite und zwar vor allem in der Rubrik ‚Textsammlung‘ und dort der Themenbereich ‚Schriftwechsel‘ mit dem Unterbereich ‚Öffentlich-rechtliche Sender‘. Ich kann die Lektüre jedem, den dieses Thema interessiert, nur wärmstens empfehlen. Es ist wirklich sehr aufschlussreich. Aber darüber hinaus habe ich noch viele weitere Erfahrungen gesammelt, die ich vielleicht noch zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlichen werde.

Dennoch will ich ausdrücklich die positiven Seiten der öffentlich-rechtlichen Anstalten hier ebenfalls hervorheben und schließe mich in weiten Teilen der Einschätzungen des obigen t-online Artikels an.

Daher bin ich der Meinung, dass ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk durchaus nicht nur seine Berechtigung hat, sondern die Medienlandschaft sogar entscheidend bereichern kann. Und das tut der aktuelle öffentlich-rechtliche Rundfunk in mehreren Sendeformaten nach meiner Einschätzung auch!

Dennoch kann und darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht so bleiben, wie er derzeit ist!

Vor allem bedarf er einer demokratischen Legitimation sowie Kontrolle durch die Bürger und Beitragszahler dieses Landes. Schließlich sind wir alle verpflichtet, unserer Rundfunkbeiträge zu entrichten und können nicht, wie bei privaten Medienunternehmen, jeweils individuell selber entscheiden, wofür wir Geld bezahlen wollen und wofür eben auch nicht, so beispielsweise ob wir eine Zeitung kaufen oder nicht. Bei den Gebühren für jene Sender haben wir keine Wahl.

Die derzeitigen Rundfunkräte sind aber keinesfalls in hinreichender Weise demokratisch legitimiert. Dass sich dies auch teilweise – aber keineswegs immer! – in den Programminhalten einschließlich der Darbietungsform in der Sprache niederschlägt, ist offensichtlich. Das belegen meine eigenen Erfahrungen mit diesen Sendern, welche in den oben genannten Beiträgen auf dieser Internetseite nachzulesen

sind, eindrucksvoll. All dies ist zudem zuverlässig dokumentiert, auch anhand der Metadaten im Rahmen elektronischer Schriftwechsel! Ebenfalls für diese Einschätzung sprechen seriöse repräsentative Erhebungen, welche zeigen, dass um die 80% der jungen Volontäre in den Redaktionen der öffentlich-rechtlichen Sender sich selber im links-grünen politischen Spektrum verorten.

Die öffentlich-rechtlichen Sender verbitten sich jede Einflussnahme auf das Programm seitens der politischen Parteien im Bund wie den Ländern, auch von den in die Parlamente gewählten Abgeordneten mit Verweis auf die Pressefreiheit und die damit verbundene journalistische Unabhängigkeit. Auch mir graust es bei dem Gedanken, dass Journalisten nach parteipolitischen Rücksichtnahmen oder gar Vorgaben ihre Arbeit zu verrichten hätten.

Wenn aber selbst die demokratisch gewählten Politiker keinen Einfluss nehmen sollen und auch letztlich rechtlich gar nicht dürfen, stellt sich allerdings die Frage, wer denn dann eine demokratisch legitimierte Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Sender, ihre personelle Zusammensetzung von den Chefredaktionen bis hin zu allen anderen für die Programme verantwortlichen Menschen in diesen Sendern, ihre Inhalte bzw. auch inhaltlich Ausrichtung, ja ihr gesamtes Programmangebot einschließlich der dafür erforderlichen Höhe der Zwangsbeiträge ausüben soll?! Oder beanspruchen dies die in den Sendern Tätigen einfach für sich, sprich dass sie selber alles weitgehend frei und unabhängig entscheiden dürfen?

Wir Bürger und Zwangsgebührenzahler müssen das dann alles einfach hinnehmen?! Soll es ausreichend sein, dass man als Bürger nur über langwierige Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang Korrekturen im Einzelfall eines Sendeformats im Nachhinein erwirken kann?

Hieran anschließend stelle ich also folgende, provokative Frage:

Mit welchem Recht nehmen sich die derzeitigen Redaktionen, Journalisten und Moderatoren sowie alle weiteren, für die Programme verantwortlichen Menschen in diesen Sendern das Recht heraus, weitgehend unabhängig von den Bürgern und Zwangsgebührenzahlern über alle in den öffentlich-rechtlichen Sendern angebotenen Inhalte – von politischen Themen bis hin zu Unterhaltungsformaten – zu entscheiden?!

Eine solche völlige Freiheit haben Medien und deren Redaktionen, Journalisten sowie auch alle anderen Bürger dieses Landes

selbstverständlich, aber eben nur dann und solange sie dafür nicht durch Zwangsgebühren anderer für ihre Tätigkeit entlohnt werden.

Und genau darin besteht der Unterschied jener Programmverantwortlichen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu jenen im privatwirtschaftlichen Bereich sowie für alle Bürger in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung.

Wie könnte also eine demokratisch hinreichende Legitimation herbeigeführt werden?

Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass alle vier Jahre die Rundfunkräte von den Bürgern dieses Landes direkt gewählt würden. Es könnten Einzelkandidaten oder auch Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen / Vereinen sowie auch Parteipolitiker dabei mit ihren inhaltlichen Vorstellungen antreten.

Derart demokratisch legitimierte Gremien hätten dann auch die Befugnis, über die personelle Besetzung der Redaktionen sowie allen anderen, für die Programminhalte verantwortlichen Personen zu entscheiden.

Ergänzt werden könnte ein solch demokratischer Prozess auch durch direkte Abstimmungen der Bürger über Einzelfragen wie der Höhe der Gebühren sowie das Programmangebot einschließlich grundlegender inhaltlicher Aspekte beispielsweise der politischen Berichterstattung und zwar dergestalt, dass auch die Mehrheitsmeinung der Bürger eine in deren Augen angemessene Beachtung finden würde.

Es bedarf also dringend einer wie oben beschriebenen demokratischen Legitimation. Ansonsten besitzen diese Sender – finanziert durch Zwangsgebühren – keine Lebensberechtigung mehr. Ich wünsche mir zwar qualitativ hochwertige öffentlich-rechtliche Medien, gebühren-finanziert aber eben dann auch demokratisch legitimiert!

An dieser Stelle verweise ich auf die direkt diesem Beitrag folgenden Beiträge, welche sich mit diesem Thema beschäftigen.